

Evangelische Verantwortung

Südafrika auf dem Weg zur Demokratie

Samuel G.A. Golden

1993 wird als Wendepunkt in die Geschichte Südafrikas eingehen - als das Jahr, in dem die alte staatliche Ordnung endgültig zerstört wurde. Am 22. Dezember verabschiedete das südafrikanische Parlament die mit den ersten demokratischen Wahlen vom 26.-28. April 1994 in Kraft tretende Übergangsverfassung. Mit einer großen Mehrheit von 84 Prozent stimmten die Abgeordneten für das vom Mehrparteienverhandlungsforum in mühseliger Detailarbeit entworfene Verfassungswerk, in dem festgelegt ist, dass die künftige Republik Südafrika ein Rechtsstaat sein wird.

Dabei ist es erst vier Jahre her, daß Südafrika, wo das Leben jahrzehntelang in festgefügtten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bahnen verlief, mit einem Paukenschlag zu einem Land im Umbruch wurde: In einer als historisch gewerteten Parlamentsrede am 2. Februar 1990 stellte Präsident Frederik W. de Klerk die Weichen für eine grundlegende Veränderung Südafrikas zu einem demokratischen Staat nach westlichem Vorbild. Als ersten Schritt dazu verkündete er die Freilassung Nelson Mandelas und die Wiederzulassung bis dahin verbotener Organisationen, unter ihnen der Afrikanische Nationalkongreß, die Südafrikanische Kommunistische Partei und der Panafrikanistische Kongreß.

Verhandlungen über eine neue Verfassung

Das war der entscheidende Anfang einer Reformpolitik, die Präsident de Klerk seither als Architekt des Wandels konsequent weitergeführt hat. Die folgenden Monate waren geprägt von der Arbeit der Regierung an der Abschaffung aller Apartheid-Gesetze und von intensiven Gesprächen zwischen der Regierung und dem Afrikanischen Nationalkongreß zur Vorbereitung von Mehrparteienverhandlungen über eine neue südafrikanische Verfassung.

Mit der Aufhebung des Gesetzes über die Bevölkerungsregistrierung durch Mehrheitsbeschluß des Parlaments fiel am 17. Juni 1991 der letzte Eckpfeiler der Apartheid. Damit war die Grundlage für eine über lange Jahre verfolgte, mit gewaltigen Problemen behaftete Politik ein für allemal aus den Gesetzbüchern verbannt.

Doch nachdem das bisherige „politische System“ mit allen seinen Bestandteilen abgebaut worden war, mußte etwas anderes an seine Stelle treten. Die Bemühungen um den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen und gerechten Gesellschaftsordnung standen fortan im Mittelpunkt aller Gespräche zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen im Lande und waren auch immer wieder Gegenstand persönlicher Verhandlungen zwischen Präsident de Klerk und ANC-Präsident Mandela.

Im Dezember 1991 traten erstmals die Abgesandten von 26 über das gesamte politische Spektrum Südafrikas verteilten Parteien und Organisationen zu offiziellen Verhandlungen über eine neue Verfassung zusammen. Diese Verhandlungen gestalteten sich naturgemäß sehr schwierig, führten aber schließlich nach einer mehrmonatigen Unterbrechung zu einem mehrheitlich akzeptierten Ergebnis: Am 18. November 1993 billigte die Plenarversammlung des Mehrparteienverhandlungsforums den Entwurf der Übergangsverfassung und leitete ihn dem Parlament zu.

Mischung aus förderativem und Einheitsstaat

Die Übergangsverfassung ist in ihrer Form klassisch liberal-demokratisch. Ihre Hauptmerkmale sind: ein parla-

Inhalt

4 Der Weg zu einem
neuen Südafrika

8 Südafrikanische
Wendezeit

9 Inseln der Hoffnung -
Politik für die
Rußlanddeutschen

12 Für eine ökologische und
soziale Marktwirtschaft

13 Aus unserer Arbeit

mentarisches System mit zwei Kammern, das auf dem Grundsatz der Souveränität der Verfassung beruht, ein gerichtlich einklagbarer Grundrechtekatalog, eine unabhängige Rechtsprechung, zu der auch ein Verfassungsgericht gehört, ein Wahlsystem, das auf dem Verhältniswahlrecht basiert, und eine Mischung aus förderativem und Einheitsstaat. Kern der Verfassung sind die Bestimmungen für eine Regierung der nationalen Einheit, auf die sich die heutige Regierung und der Afrikanische Nationalkongreß in groben Zügen bereits 1992 geeinigt hatten.

Das Kapitel über die Exekutive sieht vor, daß der Präsident von der Nationalversammlung gewählt wird. Der Präsident ist sowohl Staatsoberhaupt als auch Regierungschef.

Jede Partei, die über mindestens 80 der 400 Sitze (20 Prozent) in der Nationalversammlung verfügt, kann einen Vizepräsidenten benennen. Erreicht keine oder nur eine Partei 80 Sitze, dann können die Parteien mit der größten und der zweitgrößten Zahl der Sitze einen Vizepräsidenten nominieren.

Das Kabinett besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und maximal 27 Ministern, die vom Präsidenten nach Konsultation mit den Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der beteiligten Parteien ernannt werden. Jede Partei, die mindestens 20 Sitze in der Nationalversammlung errungen hat, hat Anspruch auf eine dem Verhältnis zur Zahl der Sitze der anderen Parteien angemessene Anzahl Ministerposten.

Beschlüsse dieses Mehrparteienkabinetts, das während der kommenden fünf Jahre den Kern der Machtteilung zwischen den großen politischen Parteien bilden wird, werden durch Konsens gefaßt.

Jüngsten Meinungsumfragen zufolge kann davon ausgegangen werden, daß der Afrikanische Nationalkongreß, die Nationale Partei und die Inkatha-Freiheitspartei in der Koalitionsregierung vertreten sein werden. Angesichts

dieser Konstellation wird es von großer Bedeutung sein, daß die beteiligten Parteien bei ihrer Suche nach Konsens sowohl den Geist, der dem Konzept einer Regierung der nationalen Einheit zugrunde liegt, als auch die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Regierens berücksichtigen.

Ein Mißtrauensvotum ist im Kabinett möglich; es führt dazu, daß der



Botschafter Dr. Samuel Golden ist Pfarrer. 1981 wurde er ins Parlament gewählt, dem er 8 Jahre als Abgeordneter angehörte.

Präsident verpflichtet ist, das Kabinett umzubilden oder das Parlament aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Neugliederung in Provinzen

Ein weiterer wichtiger Abschnitt in der Übergangsverfassung befaßt sich mit der verfassungsmäßigen Stellung der Provinzen, deren Zahl durch die Neugliederung Südafrikas von vier auf neun erweitert wurde. Die sicher am intensivsten debattierte Frage im Rahmen der Verfassungsverhandlungen

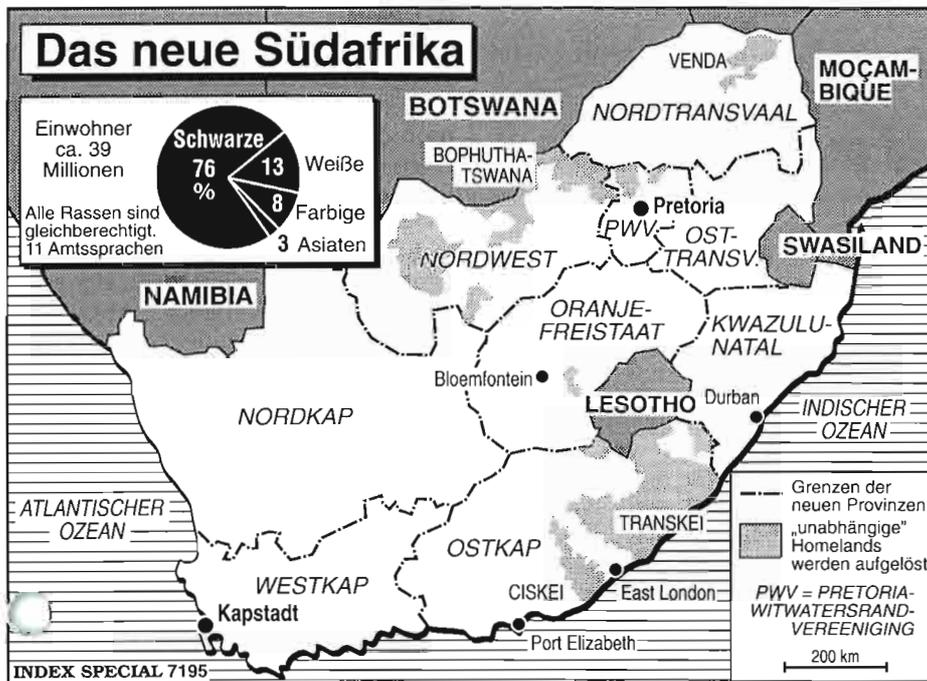
war die, ob Südafrika ein föderativer oder unitaristischer Staat oder eine Mischung aus beidem werden soll.

Nach Meinung des südafrikanischen Politologen Professor David Welsh sieht die Übergangsverfassung „im Grunde einen Einheitsstaat mit einigen förderativen Feigenblättern“ vor. Andererseits ist die gesamte Verfassung zweifellos das Ergebnis unumgänglicher Kompromisse auf Seiten aller Parteien und Organisationen, die sich an den Verfassungsverhandlungen beteiligt haben, und ihr Inhalt spiegelt das ständige Bemühen wider, genügend Flexibilität zu bewahren, um die Freiheitsallianz oder jedenfalls Teile von ihr wieder in den Demokratisierungsprozeß einzubeziehen.

Zu diesem Zweck finden kontinuierlich Verhandlungen zwischen der Freiheitsallianz, der Regierung und dem Afrikanischen Nationalkongreß statt. Es ist ausdrücklich vereinbart worden, daß gerade im Hinblick auf die Kompetenzen der Provinzen die Übergangsverfassung noch verändert werden kann, um den in der Allianz zusammengeschlossenen Parteien - das sind die Inkatha-Freiheitspartei, die Konservative Partei, die Afrikaner Volksfront sowie die Regierungen von Bophuthatswana und Kwazulu - in ihrem Bestreben entgegenzukommen, den Provinzen eine stärkere Autonomie zuzubilligen.

In der derzeitigen Fassung haben die Provinzen keine Kompetenzen zu ausschließlicher Gesetzgebung, dagegen bereits eine Fülle von Kompetenzen zu konkurrierender Gesetzgebung. Dazu gehören so wichtige Bereiche wie das Bildungswesen (ausgenommen die tertiäre Ebene), das Gesundheitswesen, der Wohnungsbau, die Sprachenpolitik, die Polizei (mit gewissen Einschränkungen) und das Sozialwesen.

Eine wichtige Neuerung, die die Übergangsverfassung mit sich bringt, ist die Einführung eines Verfassungsgerichts. Ihm obliegt die unanfechtbare Rechtsprechung über alle Angelegenheiten, die die Interpretation, den Schutz und



Das neue Südafrika soll aus neun Provinzen bestehen.

die Durchsetzung der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen betreffen. Dazu gehören auch die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und die Verfassungsmäßigkeit der Arbeit der Regierung sowie Streitigkeiten konstitutioneller Art zwischen staatlichen Organen auf allen Ebenen.

Die richterliche Überprüfung wird somit ein wichtiger Bestandteil der südafrikanischen Verfassung sein, auch wenn es darum geht, Gesetze und Entscheidungen der Exekutive auf die Vereinbarkeit mit dem Grundrechtskatalog hin zu überprüfen.

Keine Verfassung kann so lückenlos festgefügt sein, daß sie allen Machenschaften machthungriger Politiker erfolgreich Widerstand leisten kann, aber Experten sagen von der südafrikanischen Übergangsverfassung, daß die dortigen Bestimmungen, die auf die Verhinderung von Machtmißbrauch abzielen, sehr strikt gehalten sind.

Aufgaben des künftigen Parlaments

Abschnitt 5 befaßt sich mit der Aufgabe des künftigen Parlaments, die endgültige Verfassung der Republik Südafrika

auszuarbeiten. Zu diesem Zweck werden die Nationalversammlung und der Senat gemeinsam die Verfassungsgebende Versammlung bilden. Diese wird bei ihrer Arbeit an 33 Verfassungsgrundsätze gebunden sein, die in Anlage 4 zur Übergangsverfassung aufgeführt sind und von denen die meisten auch bereits in der Übergangsverfassung verankert sind.

Nach Fertigstellung der endgültigen Verfassung wird es Aufgabe des Verfassungsgerichts sein zu bestätigen, daß die endgültige Verfassung mit den Verfassungsgrundsätzen im Einklang steht. Bei dieser Bestimmung handelt es sich um einen Kompromiß zwischen der Forderung des Afrikanischen Nationalkongresses nach einer allmächtigen Verfassungsgebenden Versammlung und der Ablehnung der Regierung, einem gewählten Gremium uneingeschränkte Machtbefugnisse einzuräumen.

Auch das Verfahren zur Annahme der endgültigen Verfassung ist bereits in der Übergangsverfassung in allen Einzelheiten geregelt. Der Entwurf der endgültigen Verfassung soll innerhalb von zwei Jahren nach der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments von der Verfassungsgebenden Versammlung mit Zweidrittelmehrheit verab-

schiedet werden. Sollte diese Mehrheit nicht zustande kommen, dann treten Mechanismen in Kraft, die die Annahme der Verfassung, auch nach weiteren Veränderungen, gewährleisten sollen. Diese Mechanismen schließen die Arbeit eines Expertengremiums, die Abhaltung eines Referendums und selbst Neuwahlen als letzten Ausweg ein.

Zunächst jedoch setzen die verantwortungsbewußten Politiker in Südafrika alles daran, um zu erreichen, daß jene Parteien, die sich dem inzwischen weit vorgeschrittenen Reformprozeß noch nicht angeschlossen haben, in die neu aufgebauten Strukturen mit einbezogen werden. Dazu gehören in erster Linie die Inkatha-Freiheitspartei und die Konservative Partei.

Ich bin der Auffassung, daß die Südafrikaner in den letzten vier Jahren eine vorbildliche Leistung vollbracht haben. Anders, als viele Beispiele in der Weltgeschichte dokumentieren, ist hier ein Vielvölkerstaat weit fortgeschritten bei seinem Bemühen, auf evolutionärem Weg einen grundlegenden Wandel zu vollziehen.

Vertreter von 26 politischen Parteien und Organisationen, die unterschiedlicher und gegensätzlicher nicht sein konnten, versammelten sich um den Verhandlungstisch und erzielten Einigung über eine ganze Bandbreite politischer und soziökonomischer Themen - ohne Lancaster House, ohne UN-Friedenstruppe und ohne Vance-Owen-Plan. Die Südafrikaner haben es miteinander geschafft und fast ohne fremde Hilfe. Sie wollen Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand, und sie haben bereits bewiesen, daß sie bereit sind, hart dafür zu arbeiten. ■

Anm.:

Dr. Samuel G.A. Golden
ist Botschafter der Republik Südafrika
in der Bundesrepublik Deutschland.



Der Weg zu einem neuen Südafrika

Renier Koegelenberg

Das Jahr 1990 wurde für Südafrika zum Wendepunkt nach vierzigjähriger Apartheidpolitik und in weiterem Sinne nach sozialen und politischen Entwicklungen, die mit der Kolonisierung 1652 begannen. Die südafrikanische „Wende“ war ähnlich radikal wie die in Europa. Dazu gehörten: die Entbanung der Befreiungsbewegungen, die Freilassung prominenter politischer Gefangener wie Nelson Mandela und die Amnestie für verurteilte Widerstandskämpfer. Die Mehrheit der Südafrikaner hofft, daß diese „Wende“ zu einer demokratischen, friedlichen und wirtschaftlich starken Gesellschaft führen wird.

Jedoch, der Aufbruch zu Verfassungsverhandlungen für die Schaffung eines neuen Südafrika hat bisher ambivalente Folgen gezeigt: Trotz wichtiger Durchbrüche in den Verhandlungen um eine neue Verfassung - die zu dem Nationalen Friedensabkommen (National Peace Accord), zur Annahme einer Übergangsverfassung und zu politischen Übergangsmechanismen für die Zeit bis zur ersten demokratischen Wahl im April 1994 führten - stiegen Kriminalität und politische Gewalt stark an (nach Angaben der Menschenrechtskommission starben 1993 4364 Menschen gewalttätig), und die Arbeitslosenquote erreichte fast 50 %.

Historische Wurzeln der südafrikanischen Konflikte

Um die Radikalität des gegenwärtigen Übergangs in Südafrika sowie die Herausforderungen, vor die die neue Gesellschaft gestellt ist, zu verstehen, ist es nötig, einige der historischen Wurzeln ihrer Probleme zu betrachten.

Der Südafrikanische Staat ist ein Produkt des westeuropäischen Kolonialismus. Seit die ersten holländischen

Der Nord-Süd-Konflikt innerhalb Südafrikas

Siedler 1652 einen Handelsstützpunkt am Kap errichteten, war das Schicksal Südafrikas unlöslich mit aufeinanderfolgender holländischer und britischer Kolonialherrschaft verquickt. Von diesem Zeitpunkt an war die südafrikanische Gesellschaft in entscheidender Weise durch die wirtschaftlichen und politischen Ziele der westeuropäischen Gesellschaft beeinflusst sowie der europäischen Siedlergemeinschaft, die am südlichen Zipfel Afrikas entstanden war. Dies hat nicht nur die Gestalt der südafrikanischen Gesellschaft geprägt, es hat auch weitgehend die zentrale Konfliktlage in Südafrika bestimmt - nämlich den Konflikt zwischen der afrikanischen Mehrheit und einer Siedlergemeinschaft, die militärisch und politisch dominierte und deren Politik in entscheidender Weise von ihren wirtschaftlichen Interessen determiniert war.

Vielen weißen Südafrikanern war diese Sachlage nicht immer bewußt. Die Spannungen innerhalb der Siedlergemeinschaft (zwischen Afrikaans- und Englischsprachigen) schien die politische und wirtschaftliche Landschaft lange Zeit zu beherrschen. Dieser Konflikt ist von besonderem Interesse, weil er im Grunde einen Konflikt zwischen dem englischen Kapital und der hauptsächlich afrikaanssprachigen Farmgemeinschaft darstellt. Dieser Konflikt löste einen wachsenden Afrikanernationalismus aus und führte schließlich zur Gründung der Union (und später Republik) von Südafrika.

Die Gründung der Südafrikanischen Union 1910 beendete formal die britische politische Vorherrschaft am Kap. Diesem „Frieden“ zwischen den weißen Afrikanern (Afrikaanssprachigen) und den Briten, der die Mehrheit der Schwarzafrikaner effektiv vom verfassungsgebenden Prozeß ausschloß, folgte 1912 bald die Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC).

Das Ringen der weißen Afrikaner um wirtschaftliche Macht wurde durch den Wahlsieg der Nationalen Partei 1948 stark vorangetrieben. Obwohl es immer noch beträchtliche Ungleichheiten zwischen den Afrikaanssprachigen und den Englischsprachigen gab, konnten die weißen Afrikaner in den fünfziger und sechziger Jahren ihre wirtschaftliche Situation mit der Unterstützung einer ihnen wohlgesonnenen Regierung erheblich verbessern, die zwischen 1948 und 1976 deren partikularistische wirtschaftliche Interessen durch eine Reihe von Maßnahmen zu fördern mußte.

Von den sechziger Jahren an versuchte die Regierung der Nationalen Partei angesichts eines zunehmenden internationalen politischen und ökonomischen Drucks sowie militante Opposition schwarzer Südafrika wirtschaftlich weniger anfällig zu machen. Verschiedene kapitalintensive Programme (im Werte von vielen Milliarden Rand) sollten Südafrikas Abhängigkeit von internationalen Energieressourcen verringern.

In diesem Abschnitt sollte gezeigt werden, daß der zentrale Konflikt in Südafrika wesentlich als ein Nord-Süd-Konflikt zu verstehen sei. Das kumulative Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft der weißen Minderheit ist eine Gesellschaft, in der enorme sozio-ökonomische Ungleichheiten mit politischer Macht und Rassengrenzen zusammenfallen. Verschiedene Welten bestehen in Südafrika: einerseits eine Erste Welt mit einer hochentwickelten Infrastruktur und einer kapitalintensiven Wirtschaft, andererseits lebt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in Dritte-Welt-Verhältnissen im selben Land.

Die ehemalige Ost-West-Rivalität und die Entkolonisierung

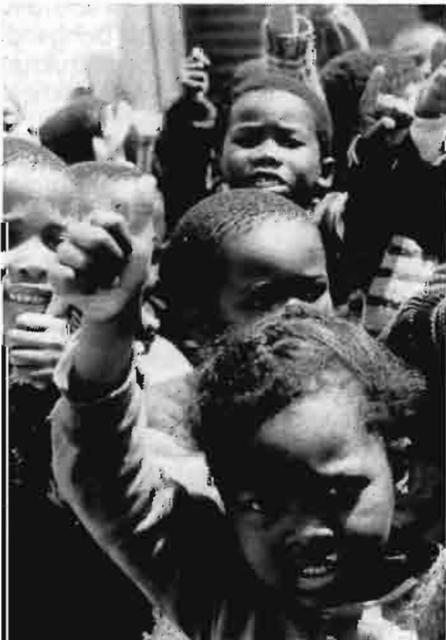
Die südafrikanische Innenpolitik, vor allem die interne und Sicherheitspolitik, wurden von internationalen politischen Entwicklungen tiefgreifend beeinflusst. Seit dem Sieg der Nationalen Partei 1948 haben die Ost-West-Rivalität und der Entkolonisierungsprozeß in Afrika dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Wie groß die Veränderungen hinsichtlich der internationalen Beziehungen Südafrikas in dieser Ära waren, läßt sich

daran erkennen, daß Südafrika nicht nur als einer der Alliierten am Zweiten Weltkrieg teilnahm, sondern auch in der formativen Phase des Commonwealth und der Vereinten Nationen eine aktive Rolle gespielt hat. Nach 1948 ging Südafrikas Partizipation in internationalen Gremien, besonders den Vereinten Nationen und dem Commonwealth, systematisch zurück - hauptsächlich wegen seines trotzigen Festhaltens an der Herrschaft über Südwesafrika (Namibia) gegenüber allen internationalen Bemühungen, dieses Land unter die direkte Kontrolle der Vereinten Nationen zu bringen, und wegen der Einführung rassistisch diskriminierender Gesetze.

Nach den Todesopfern von Sharpeville 1960 und dem darauffolgenden Verbot von außerparlamentarischen politischen Bewegungen wie dem ANC, wurde das internationale Ausland der Schauplatz der Auseinandersetzungen um die politische Herrschaft in Südafrika. Die Anti-Apartheid-Bewegung und zahlreiche Solidaritätsgruppen in Westeuropa und den Vereinigten Staaten machten nicht nur auf die Ungerechtigkeiten der Apartheidpolitik aufmerksam, sondern setzten sich dafür ein, Südafrika zu isolieren und für seine Politik zu strafen. Dieses führte schließlich zu internationalen Waffen-, Sport-, Handels- und anderen Boykotten.

Der ANC mußte lange darum kämpfen, im westeuropäischen Establishment akzeptiert zu werden. ANC-Führer wer-



den lange Zeit ausgeschlossen. Hilfe blieb auf moralische Unterstützung und Beihilfen für humanitäre Zwecke (Gerichtskosten, Unterstützung für Apartheidopfer usw.) beschränkt. Andererseits war die Unterstützung seitens des Ostblocks nicht nur moralischer und finanzieller Art, sondern umfaßte auch beträchtliche Unterstützung für den bewaffneten Widerstand.

Obwohl westeuropäische Regierungen an Südafrikas Innenpolitik Kritik übten, arbeiteten sie weiterhin mit Südafrika zusammen (selbst indem sie UN-Sanktionen umgingen), denn sie mißtrauten der sozialistischen Rhetorik und der Politik der Befreiungsbewegungen und ihr enges Bündnis mit marxistischen Ländern. Sie entschieden sich daher für einen weichen Ansatz („soft approach“), indem sie sich für eine evolutionäre demokratische Veränderung im Kontext einer vorwiegend liberalen freien Marktwirtschaft

Aufbruch in eine bessere Zukunft?

einsetzten. Die südafrikanische Regierung wurde soweit von westlichen Regierungen als Partner toleriert bei ihren Bemühungen, den Einfluß der Sowjetunion und ihres Blocks in Afrika einzudämmen.

Der Weg zu einem neuen Südafrika

Eine der wichtigsten Folgen der Enttarnung der Befreiungsbewegung und des Beginns der Verfassungsverhandlungen im Jahre 1990 war die Rückkehr des politischen Kampfs aus der internationalen Arena nach Südafrika. Frühere Feinde und Gegner standen sich gegenüber - ohne internationale Vermittlung, um eine demokratische Zukunft für Südafrika auszuhandeln. Die Verhandlungen und der demokratische Übergang in Südafrika fanden statt im Kontext der miß-



lungenen kolonialen - und Apartheidpolitik und von Strukturen, die die Teilnahme und den wirtschaftlichen Aufschwung für alle südafrikanischen Bürger gewährleisten sollte - sowie grundlegender Veränderungen innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft.

Implikationen der internationalen Veränderungen für Südafrika

Südafrika befindet sich im Aufbruch zu einer echten Demokratie zu einem Zeitpunkt, in dem Afrika in zunehmendem Maße von der internationalen Welt marginalisiert wird - es herrscht im Norden wachsender Pessimismus hinsichtlich der grundsätzlichen Möglichkeiten der Entwicklung in großen Teilen der Dritten Welt, einschließlich Südafrikas. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat Südafrika aus geopolitischer Sicht weniger wichtig gemacht, umso mehr, als viele Staaten dieser Region vom Norden aus rein wirtschaftlicher Sicht nie für besonders interessant gehalten wurden.

Mit der Demokratisierung des früheren Sowjetblocks und der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration der Europäischen Gemeinschaft wird der frühere ideologische Ost-West-Wettbewerb um die Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Afrika einem Bündnis, in dem die Wirtschaftsmächte des Westens aufgefordert sind, die neuen Demokratien und Industrien im Osten zu unterstützen.

In der Folge haben die Krisen, denen Afrika sich in einer veränderten Weltordnung gegenüber sieht, eine ernsthafte Selbstkritik ausgelöst, die eine Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit den grundlegenden Problemen Afrikas ist. Der frühere Präsident von Tansania, Julius Nyerere, faßte dies zutreffend wie folgt zusammen: „Am meisten fehlt es uns an Demokratie, nicht an ausländischer Währung. Wir haben versucht, eine Demokratie zu bauen ohne Demokraten ... Wir dachten, wir könnten uns entwickeln, ohne unser Volk zu involvieren.“

Auseinandersetzung mit den Fehlern der Vergangenheit und den Herausforderungen der Zukunft

Was sind nun die Schlüsselfragen, die auf den Weg in ein demokratisches, friedliches und wirtschaftlich leistungsfähiges Südafrika zu lösen sind? Selbstredend kann nur ein schneller und erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen um eine neue Verfassung den Weg zu einer wirklichen Demokratie ebnen. Daneben ist eine Anzahl anderer, für Südafrikas Zukunft entscheidender Fragen zu berücksichtigen. Diese Fragen sind eng miteinander verflochten und sollten gleichzeitig angegangen werden.

Demokratisierung im Bereich von Verfassung und Kultur

Die Lösung der historischen Konflikte zwischen den europäischen und dem afrikanischen Sektor unserer Gesellschaft ist eine Vorbedingung für die Etablierung einer tragfähigen und stabilen Demokratie in Südafrika. In keiner Phase der südafrikanischen Geschichte wurde die Partizipation aller Bürger am politischen Prozeß bisher erzielt. Im Hinblick auf die Diversität der Kulturen und Völker in Südafrika und auf den Mißbrauch dieser Diversität durch die Apartheid wird dies keine leichte Aufgabe. Politische Rivalität und Intoleranz haben bereits tausende Opfer gefordert, was die Tatsache unterstreicht, daß die ersten demokratischen Wahlen gerade erst der Anfang des Weges sein werden.

Letztlich bedeutet eine Demokratie in Südafrika die Etablierung eines neuen

Lebensstils, der rassistische Vorurteile ablehnt und auf den Anspruch verzichtet, allein die Wahrheit und die Lösung für die vielen Probleme des Landes zu besitzen. Die schwarzen Südafrikaner müssen akzeptieren, daß sich die meisten weißen Südafrikaner nicht mehr als Siedler empfinden, sondern als echte Afrikaner, auch wenn sie kulturelle Verbindungen zu Europa haben sollten. Die weißen Südafrikaner müssen akzeptieren, daß die schwarzen Südafrikaner ein Recht auf die gleichen Rechte, Möglichkeiten und Privilegien haben, die sie selbstverständlich für sich in Anspruch genommen haben. Kurz, beide brauchen einander für den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft.

Beendigung politischer und krimineller Gewalt

Zu einem Zeitpunkt, an dem Südafrika den Übergang zu einer wirklichen Demokratie feiern sollte, leidet es unter einer Woge politischer und krimineller Gewalt. Es ist daher kein Wunder, daß laut einer unlängst durchgeführten Meinungsumfrage die Friedensbestrebungen als das wichtigste Anliegen angesehen werden. Anhand der offiziellen Statistik wurden zwischen September 1984 und Mai 1990 4.500 Menschen getötet und 12.000 verletzt in fast 52.000 Fällen von Gewalttätigkeit. Trotz der größeren Veränderungen im Februar 1990 kam die Rekordzahl von 3.699 Menschen bei politischen Unruhen ums Leben und 1991 weitere 2.672 - inmitten vieler widersprüchlicher Behauptungen hinsichtlich der Schuldigen an dieser Gewalt. Besonders beunruhigend ist die Verwendung von automatischen Angriffswaffen (von Befreiungsbewegungen im ganzen südlichen Afrika gebraucht) bei sowohl krimineller wie auch politischer Gewalt. Nach Schätzung sind in den letzten fünf Jahren etwa 17.000 Menschen in Südafrika gewalttätig ums Leben gekommen.

Zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit ist es nötig, sich mit einigen wichtigen Aspekten des Kampfes („struggle“) gegen die Apartheid auseinanderzusetzen: Regierungsinstanzen wie die Polizei und das Militär galten nicht nur als illegitim, sondern sie wurden aktiv bekämpft und sabotiert. Es hat sich auf vielen Gebieten geradezu

eine Kultur von Boykotten und Sabotage öffentlicher Institutionen entwickelt, die schwer rückgängig zu machen sind.

Es wird daher eine der Hauptaufgaben der ersten demokratischen Regierung sein, die von der Mehrheit auch als erste legitime südafrikanische Regierung angesehen wird, die Achtung vor öffentlichen Institutionen - besonders der Polizei - wiederherzustellen. Ein verfassungsmäßiger demokratischer Staat kann in Südafrika nur überleben, wenn es ihm gelingt, eine Kultur der Disziplin wiederherzustellen: die Kooperation mit öffentlichen Instanzen und mit der Polizei. Das würde auch bedeuten, daß die „Kampfkultur“, die Sabotage, das Überlisten und das Boykottieren des „Systems“ (Regin) in eine Kultur der Achtung und Verantwortung im privaten wie öffentlichen Bereich umgewandelt werden.

Macht und Privilegien: Überwindung ökonomischer Ungleichheiten

Wahrscheinlich die größte Aufgabe für die künftige südafrikanische Regierung ist die Überwindung des ökonomischen Erbes der Apartheid, der ungeheuren Ungleichheiten in Einkommen, Lebensstil und Lebenschancen. Wirtschaftler des gesamten politischen Spektrums sind sich darüber einig, daß eine höhere Wirtschaftswachstumsrate nicht nur die Voraussetzung für jede zukünftige Regierung sein wird, um die brennenden gesellschaftlichen Fragen anzugehen, sondern daß Wirtschaftswachstum nur eine teilweise Lösung ist. Dringend nötig ist eine Änderung der Struktur von Wirtschaftswachstum, öffentlichen Aufgaben und privaten Investitionen.

Eine Veränderung dieser Strukturen würde implizieren, daß man weniger Nachdruck auf kapitalintensive Programme legt zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen, Befriedigung der Grundbedürfnisse des ärmeren Teils der Bevölkerung und der Schaffung von Steueranreizen, um neue Investitionen in reizlose und unterentwickelte Gebiete zu locken. In seinen Überlegungen zu der veränderten Wirtschaftspolitik des ANC folgert McMenamin:

Es wird jetzt allgemein akzeptiert, daß wenig gewonnen wird mit einer

Umverteilung auf Kosten wirtschaftlichen Wachstums, was die Bevölkerung nur verarmen ließe. Ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Umverteilung herzustellen, ist daher zentrale Herausforderung.

Eine wichtige Aufgabe einer neuen Regierung wird es sein, einen Ausgleich zwischen folgenden Interessengruppen herzustellen: dem (vorwiegend weißen) einflußreichen Wirtschaftssektor, in dem eine kleine Minderheit die meisten südafrikanischen Unternehmen beherrscht und besitzt, sowie dem (vorwiegend weißen) öffentlichen Dienst einerseits und der Mehrheit der Bevölkerung (überwiegend schwarz) mit ihren übertriebenen hohen Erwartungen hinsichtlich eines erhöhten Lebensstandards andererseits. So stehen sich also die Konzentration von Kapital und Expertise (basierend auf der früheren politischen Herrschaft der weißen Minderheit) und die Erwartungen und Bedürfnisse der schwarzen Mehrheit gegenüber. Es kann in Südafrika keine Demokratie überleben ohne die Überbrückung der Ungleichheiten in Einkommen und Lebensstil.

Ein neues Südafrika: Eine Vision und verschiedene Bauleute

Die Südafrikaner stehen vor der Aufgabe, eine neue Gesellschaft aufzubauen in einer Zeit, in der die Afrikaner zunehmend erkennen, daß sie ihr Schicksal letztlich selbst in die Hand nehmen müssen. Die Probleme, denen Afrika und das neue Südafrika gegenüberstehen, sind riesenhaft: ein rapider Bevölkerungswachstum, Rückgang von Wirtschaft und Infrastruktur, immer häufigere Dürreperioden, wachsende Armut, Unterernährung, Hungersnöte, innere ländliche und städtische Migration sowie regionale Wanderung vom übrigen Afrika nach Südafrika, politische Intoleranz usw.

Die großen Veränderungen in Europa in den späten achziger und frühen neunziger Jahren haben bewiesen, daß es ohne Demokratie keine nachhaltige soziale Stabilität geben kann. Es hat sich auch gezeigt, daß eine Demokratie keine Sofortlösung für Konflikte, mangelnde wirtschaftliche Entwicklung, soziale Probleme oder ökonomische Ungleichheiten darstellt.

„Wenn Afrika den eingeschlagenen Reformweg hin zur Demokratie, liberalisierter Wirtschaft und zum Schutz der unveräußerlichen Menschenrechte konsequent weitergeht, wird es seine Rolle in der Weltpolitik wieder stärker wahrnehmen können. Daran haben wir Europäer ein vitales Interesse.“

Dr. Volkmar Köhler MdB

Was Südafrika 1994 und in den kommenden Jahren am meisten braucht, ist eine Vision einer neuen Gesellschaft, die auf gegenseitige Achtung, Toleranz und Solidarität mit den Randgruppen und Armen beruht, eine Gesellschaft, die sich ihren Aufgaben mit Realismus und Verantwortung stellt. Die Erfahrung anderer Demokratien lehrt, daß dies nicht im Alleingang einer Regierung oder einzelnen Partei erreicht werden kann, sondern nur durch eine gemeinsame Anstrengung, die politische Parteien, gesellschaftliche Interessengruppen („civil society“), Kirchen und andere religiöse Bewegungen mit einschließt.

Es besteht die Gefahr, daß das Erarbeiten der Verfassung - wie lobenswert und erstrebenswert diese auch sei - die Existenz der vielen „grassroot“ Organisationen und Bürgerinitiativen bedrohen könnte! In einigen Fällen ist dies während des Demokratisierungsprozesses in der früheren DDR geschehen: viele Träger der demokratischen Bewegung haben die Verfassungsänderungen nicht überlebt.

Bürgerinitiativen, Gemeinschaftsorganisationen, Nicht-Regierungs-Organisationen, Stiftungen, kleinere Lobbys, Gruppen und Kirchen sind unabdingbar für das Zustandekommen einer echten Demokratie in Südafrika. Es wäre daher im Interesse des neuen Staates, die bür-

gerliche Partizipation am Entscheidungsprozeß zu fördern und den Spielraum und die Kapazität von Sektoren, die unabhängig sind von staatlicher Bürokratie, zu vergrößern.

Aufgaben der Kirche

In Südafrika hat die Kirche als Institution der zivilen Gesellschaft eine ganz besondere Aufgabe: Aufgrund ihrer einmaligen Identität, die in Jesus Christus begründet ist, tranzendiert die Kirche alle rassischen und kulturellen Grenzen, wirtschaftlichen Status, usw. In dieser Hinsicht hat sie nicht nur die einzigartige Möglichkeit - aufgrund ihrer einzigartigen Identität - zum Aufbau einer neuen Vision und einer neuen Gesellschaft beizutragen, sondern ist geradezu berufen, diese Verantwortung zu übernehmen!

Aufgrund seines Kolonial- und Apartheiderbes ist Südafrika als ein Mikrokosmos der Welt bezeichnet worden. Außer dem geschichtlichen Hintergrund des Versagens seiner ethnisch basierten Politik sind schwarze und weiße Südafrikaner jetzt berufen, eine nicht-rassische Demokratie aufzubauen - zu einer Zeit, wo rassische und ethnische Konflikte die demokratischen Prozesse in der früheren Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien bedrohen. Die Apartheid und die Anti-Apartheidsbewegung haben Südafrika viele Jahre lang in die internationalen Schlagzeilen gebracht. Südafrika schuldet es sich selbst, Afrika und der Welt, den Beweis zu erbringen, daß Menschen verschiedener Herkunft, Rasse, Kultur und Religion in Harmonie zusammenleben und eine gemeinsame Zukunft aufbauen können.

Der erfolgreiche Aufbau einer Gesellschaft, die sich auf Toleranz, Solidarität mit den Schwachen und Gerechtigkeit für alle gründet, könnte eine Therapie sein für die Welt, die mit den riesigen Ungleichheiten zwischen dem mächtigen und reichen Norden und dem schwachen, verletzlichen Süden, zwischen den sogenannten entwickelten und den sich entwickelnden Welten ringt. ■

Anm.:

Dr. Renier Koegelenberg ist an der Theologischen Fakultät (Institut für Theologische und Interdisziplinäre Forschung) der Universität of the Western Cape in Bellville tätig.

Südafrikanische Wendezeit

Klaus Lefringhausen

Die hohen Erwartungen an das neue Südafrika lassen selbst ausländische Zaungäste nicht kalt. Auch die nicht, die jüngst den Absturz ostdeutscher Hoffnungen miterlebten. So bezogen die 450 Vertreter von Aktionsgruppen kürzlich in der Johannesburg Messehalle auch die Beobachter in ihr Stimmungshoch ein. Den neuen Verzagtheiten und Zukunftsängsten setzten sie ihren 'Markt der Möglichkeiten' entgegen.

Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) nennt man sie, wobei sie das „Nicht“ im Namen mehr als Qualität denn als Mangel verstehen. Schließlich kommen sie flächendeckend überall hin - auch in das Afrika abseits der Straßen und auch dahin, wo die Menschen sich ganz unten fühlen. Sie mobilisieren Hoffnung, bauen Brücken des Vertrauens und setzen der Logik der Gewalt die der Menschlichkeit entgegen.

Aus ihren Verstecken und gesellschaftlichen Nischen sind sie zum ersten landesweiten Kongreß nach der Rassenwende zusammengekommen - zaghaft noch, denn nicht mehr bespitzelt und belauscht zu werden, daran gewöhnen sie sich nur langsam. Noch schleppen sie alte Schocks wie ein inneres Gefängnis mit sich herum.

Aus der Vereinzelung befreit, erlebten sie nun die große Überraschung: Sie waren die Vielen und füllten sogar eine Messehalle. Das gehörte zum lang entbehrten täglichen Brot der Ermutigung. So kam über ihre Lippen, was einst wie ein Fremdwort war: „Unser Südafrika!“

Das wollten sie aufbauen und gestalten helfen, wollten zupacken und zeigen, was sie aus der ersehnten Freiheit zu machen verstehen.

Neues Selbstvertrauen stärken!

Als Morgengabe boten sie ihre in der Not erprobte Überlebensstrategie und

Einfachtechnik an: stromlose, nur mit Verdunstungskälte arbeitende Kühlschränke, Altpapier schluckende 'Brikettpressen', geniale Solaröfen aus Billigmaterial und schmucke Körbchen, kunstvoll geflochten aus buntem Abfall-Telefonkabel. Beschämt blieb so mancher Besucher vor diesen Zeichen unbeugsamen Lebensmutes stehen. Hinzu kamen die vielen Alphabetisierungs- und Bildungsinitiativen, die Modelle kleinbäuerlicher Öko-Betriebe und Dorfkirchen, erweitert zu Bildungszentren. Dieser dem deutschen Kirchentag nachgemachte 'Markt der Möglichkeiten' zeigt, was im Volk schlummert und aktivierbar ist, wenn es nur Selbstvertrauen findet.

Initiativen vernetzen

All diese Initiativen sollen nun vernetzt und vielleicht auch zum Gegengewicht zum staatlichen Zentralismus werden. Auch gegen Stammeshierarchien, falls sie die Schwäche des Übergangs zur Selbstbedienung mißbrauchen.

Die Korruptionsfalle lauert, wohin die künftige Regierung auch blickt. Nach zwei Jahren könnte sie so im Sumpf stecken, daß dann die Stunde ideologi-

scher Hardliner schlägt. Auf die Frage, ob es zum Markenzeichen deutscher Investoren gehören könne, im Bestechungswettbewerb nicht mitzuhalten, gab's eindeutige Antwort: „fast zu spät.“

Und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedenszeiten Südafrikas? ANC und Rüstungsunternehmen wollen, so das Konferenzgeflüster, auf die Devisen bringenden Waffenschmieden nicht verzichten.

Hoffnung auf Wohlstand

Auch nicht aus ideologischen Gründen, denn wenn Europa Afrika Waffen vorenthält, dann ist der schwarze Kontinent von europäischer Vormundschaft zu befreien. Wer anders als das neue Südafrika fühlt sich dazu berufen? Da beginnen Nachbarländer vor der militärischen, ökonomischen und ideologischen Dominanz der neuen Herren zu zittern.

Doch solche Anflüge des Unbehagens gab's nur am Rande der Konferenz. Drinnen machte sich die Stimmung 'Wir sind das Volk' breit. Auch die Hoffnung auf Wohlstand per Wahlzettel. War man nicht auf eine Goldader gestoßen, die jedem ein Sockeleinkommen versprach? Jetzt eine Rede von Schweiß und Tränen? Unmöglich. Das wäre Verrat an der Hoffnung, die man sich erlitten hat.

Was einst Kraft zum Überleben scherte, half auch jetzt über die Nüchternheit des Alltags hinweg: Tanz, daß die



Den Reformprozeß vorantreiben!

Foto: vario-press

Inseln der Hoffnung - Politik für die Rußlanddeutschen

Hoffnung auf Versöhnung

Messehalle bebte. Denn „unser Gott ist ein tanzender Gott,“ so der Vorsänger, „nicht der Gott der Weißen mit ihrem Bewußtsein zwischen den Augen.“ Vielleicht ist es ein gnädiger Gott, der ihnen diesen Tanz geschenkt hat.

Jedenfalls haben sie vor sich, was die Ostdeutschen gerade durchmachen: Strukturwandel im Konjunkturtief, sich versöhnen und gleichzeitig die Vergangenheit aufarbeiten, Wiedergutmachung mit leeren Kassen, den Erwartungsstau meistern, Abwanderung und Kapitalflucht eindämmen und lernen mit Vergangenheit aushalten.

Nur eines fehlt: Hilfe. Die Konferenz mochte es kaum glauben, daß die Weltöffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit mit dem Ende der Apartheid abwendet und auf Osteuropa, China, Somalia oder Haiti richtet.

Zwar gibt es Pläne, das neue Südafrika Ende des nächsten Jahres - Deutschland hat dann die EG-Präsidentschaft - an die Europäische Gemeinschaft anzugliedern. Ökonomische Folgen werden aber auf sich warten lassen.

„Werden wir ohne Apartheid auch für die Kirchen normal und folglich uninteressant?“ Gesucht werden Gesprächspartner, die über die bewährte Oppositionstheologie hinaus zur gesellschaftsgestaltenden Theologie verhelfen.

Das allerdings geht nicht ohne neue Instrumente. So fehlt den Kirchen in Südafrika ein Dialogzentrum, das integriert und versöhnt, statt zu spalten; das Gemeinschaftsaufgaben benennt, statt auf den allmächtigen Staat zu warten; das im politischen Neuland vor-denkt, gebunkerte Ressentiments abbaut und den Kirchen hilft, statt zur Partei der Regierenden zum kritisch-konstruktiven Gegenüber zu werden.

Solch ein Dialogzentrum braucht das Kap der neuen Hoffnung wie's Brot im Schrank. Schließlich machen enttäuschte Erwartungen den Weg vom „Hosianna“ zum „Kreuzige!“ sehr kurz. ■

Anm.: Dr. Klaus Lefringhausen ist Beauftragter des Präses für Ökumene und Wirtschaft in Düsseldorf

Horst Waffenschmidt

In der GUS leben heute noch rd. 2,0 Mio. Rußlanddeutsche, die meisten davon in Rußland. Aus rechtlichen, humanitären und politischen Gründen sind deutsche Aktivitäten für diese Volksgruppe jetzt und in der Zukunft notwendig, und zwar für alle, die in Rußland bleiben wollen; für diejenigen, die noch nicht nach Deutschland kommen können, weil sie noch keinen Aufenthaltbescheid erhielten, und auch für diejenigen, die die weitere Entwicklung abwarten wollen.

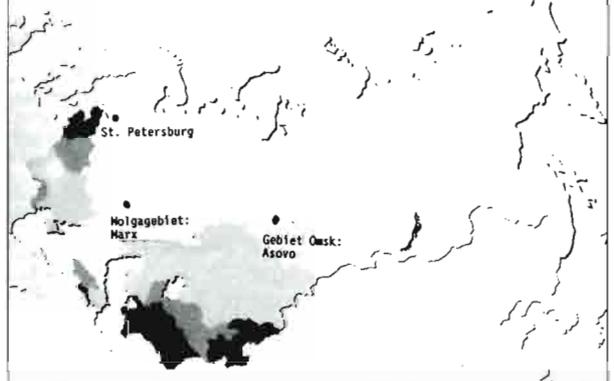
Die Rußlanddeutschen in Rußland haben weiter eine wichtig Brückenfunktion zwischen Deutschland und Rußland, darum sollten sich viele Verantwortliche in beiden Ländern für sie einsetzen, und zwar nicht nur in staatlichen oder kommunalen Stellen, sondern breit in der Gesellschaft!

Wieviele Rußlanddeutsche letztlich in Rußland und überhaupt in der GUS bleiben werden, dies kann heute keiner voraussagen; es wird wesentlich von der weiteren Entwicklung in Rußland abhängen und davon, wie sie ihre Lebensperspektiven dort einschätzen. Wahrscheinlich wird immer eine beachtliche deutsche Volksgruppe in Rußland leben und zwar aufgrund persönlicher und familiärer, kultureller und wirtschaftlicher Bindungen..

Und diese Volksgruppe wird immer von Bedeutung sein für das deutsch-russische Verhältnis.

In engem Zusammenwirken mit der Russischen Regierung und dem Gebiet Omsk wurde der deutsche Nationalkreis Asowo errichtet mit vielen deutschen Einrichtungen. Der Chef des nationalen Rayons, Landrat Prof. Reiter, verbindet seinen Kreis Asowo in einer Arbeits-

Hilfen für Deutsche in den Ländern der GUS, Georgien und den baltischen Staaten



gemeinschaft mit rund 100 weiteren Dörfern und Siedlungen des Omsk-Gebietes. Im Omsk-Gebiet leben rund 150.000 Rußlanddeutsche. Der deutsche Nationalkreis erfreut sich großer Beliebtheit, bei Deutschen in Mittel-asien, insbesondere in Kasachstan, die hier gerne zuziehen wollen. Der Chef des Gebiets Omsk ist bereit, noch rund 50.000 weitere Rußlanddeutsche in seiner Region aufzunehmen.

Starke religiöse Bindung

Die Rußlanddeutschen haben meistens eine sehr starke religiöse Bindung. Im Omsk-Gebiet leben viele Deutsche, die zur Evangelisch-Lutherischen Kirche gehören. Die Bundesregierung hat in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landeskirche von Hannover das Kirchen- und Kulturzentrum Omsk gefördert. Hierbei geht es nicht nur um Räume für Gottesdienste, sondern um ein Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit mit einem weiten Einzugsbereich und größerer Ausstrahlung. Superintendent Nikolaus Schneider und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen weite Bereiche des Omsk-Gebietes und darüber hinaus.

Entwicklungen vorantreiben

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirche hat die Bundesregierung auch das Kirchen- und Kulturzentrum in Marx gefördert. Hier ist unter Leitung des katholischen Pfarrers Clemens Pickel ein reges Kirchenleben entstanden. Wie auch im Omsk-Gebiet, so wird hier an der Wolga die Zusammenarbeit zwischen Rußlanddeutschen und Russen sowie die ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen intensiv gefördert. Auch bei diesem Zentrum ist die kulturelle und soziale Ausstrahlung und der große Einzugsbereich im Sinne der Hilfe für die Rußlanddeutschen von großer Bedeutung.

In St. Petersburg befinden sich inzwischen zahlreiche kulturelle, schulische und kirchliche Einrichtungen, die für die Rußlanddeutschen von wachsender Bedeutung sind. St. Petersburg wurde der neue Sitz der Evangelisch-Lutherischen Kirche für die gesamte Russische Föderation. Bischof Dr. Kalnins und Vizebischof Prof. Kretschmar leiten von hier aus die Kirche mit über 500 Kirchengemeinden in Rußland. An die sehr aktive Evangelische Gemeinde St. Petersburg, unter Leitung von Probst Lotichius wurde die weltberühmte

Auch Wirtschaftsförderung kann ein Beitrag zur Diakonie sein

Durch den Kommunismus wurden auch therapeutisch wichtige Betriebe als unproduktiv bewertet.

Eine Folge:

Orthopädische Produkte müssen für teure Devisen importiert werden. In einem Pilotprojekt wurde jetzt eine Bürgschaft gegeben für eine Partnerschaft zwischen einer Orthopädie-Werkstatt in Saratow an der mittleren Wolga und einem deutschen Produktionsbetrieb als Partnerunternehmen. So wird einerseits Wirtschaft vor Ort gefördert, andererseits werden wichtige medizinisch-diakonische Produkte billiger.

(aus: Hoffnung für Osteuropa)

Stärkere Unterstützung für Kirchengemeinden Rumäniens

Zu einer stärkeren Unterstützung der diakonischen Arbeit in Rumänien hat der Magdeburger evangelische Bischof Christoph Demke die Kirchen in Deutschland aufgefordert.

Die evangelische Kirche in Siebenbürgen stehe am „Ende einer 800jährigen Tradition“, sagte er. Ihre Mitgliederzahl habe sich in den letzten zwei Jahren

durch die Ausreise vieler Deutschstämmiger in die Bundesrepublik von 100.000

auf 20.000 verringert. Dadurch seien die „gewachsenen Sozialstrukturen weggebrochen.“

Die Kirche in Rumänien müsse sich künftig vor allem diakonischen Aufgaben wie Altenbetreuung und Krankenpflege widmen, erläuterte Demke. Durch persönliche Kontakte und Besuche könnten die deutschen Kirchen in Rumänien wichtige Orientierungshilfe leisten. Besonders die Beziehungen zwischen Kirchengemeinden, Initiativgruppen und sozialen Einrichtungen in beiden Ländern sollen gestärkt werden. Hilfsgütertransporte mit Kleidern, Lebensmitteln und Drogerieartikeln sind laut Demke angesichts der wirtschaftlichen Notlage weiterhin dringend notwendig.

(aus: epd)

Petri-Kirche zurückgegeben, die die Kommunisten zu einem Schwimmbad gemacht hatten. In Zusammenarbeit mit der Lutherischen Kirche Rußlands fördert die Bundesregierung in der Petri-Kirche ein kulturelles Begegnungszentrum für Deutsche und Russen, eine Kontaktstelle für Jugendarbeit unter den Rußlanddeutschen und den Aufbau einer Diakoniestation für die gesamte Region. In St. Petersburg bestehen bereits Ausbildungseinrichtungen, die sich besonders um junge Rußlanddeutsche bemühen, z.B. eine deutsche Mittelschule. Auch der Oberbürgermeister von St. Petersburg, Anatolie Sobtschak, fördert die Zusammenarbeit mit den Rußlanddeutschen nachdrücklich.

In der Region St. Petersburg lebten bis zum Zweiten Weltkrieg über 100.000 Deutsche. Es gibt viele Verbindungen zwischen Deutschland und diesem Raum. In einem neuen Siedlungsgebiet Nasia sollen mit Unterstützung der Russischen und der Deutschen Regierung sowie des Landes Baden-Württemberg und der Stadt St. Petersburg vor allem wirtschaftliche und mittelständische Betriebe für Rußlanddeutsche aus Mittelasien errichtet werden. ■

Anm.:
Dr. Horst Waffenschmidt ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Er ist Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen.

Hoffnung für Osteuropa



Eine Aktion der evangelischen Kirchen für die Menschen in Mittel- und Osteuropa

Menschenwürdige Einrichtungen für Kinder, Alte und Behinderte werden dringend benötigt. Und qualifizierte Ausbildungsplätze für Helfer, die sich den Benachteiligten zuwenden. Helfen Sie mit Ihrer Spende.

Konto 10 111
Bank für Kirche und Diakonie,
Duisburg, BLZ 350 601 90

Diakonisches Werk der EKD
Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart

**Notwendiger Beitrag zur
friedensethischen
Neuorientierung**

Erfurt. Als „notwendigen Beitrag zur friedensethischen und sicherheitspolitischen Standortbestimmung nach dem Ende des Kalten Krieges“ hat die Stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, **Christine Lieberknecht**, die Denkschrift „Schritte auf dem Weg des Friedens“ bezeichnet. In dem von der „Kammer für Öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erarbeiteten und vom Rat der EKD übernommenen Papier wird die Haltung der evangelischen Christen zur Friedenspolitik und dem Einsatz militärischer Gewalt vor dem Hintergrund der jüngsten außenpolitischen Erfahrungen diskutiert.

Nach den Worten Lieberknechts, Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, sind die Illusionen der unmittelbaren Nachwendezeit inzwischen zerstoßen und die neuen Sicherheitsrisiken liegen klar zu Tage. „Die Denkschrift geht realistisch davon aus, daß Gottes Reich des Friedens nicht von dieser Welt ist. Eine auf Frieden durch Recht ausgerichtete internationale Ordnung braucht in Grenzfällen auch Zwangsmittel“, fügte die Politikerin hinzu und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die klare Absage an eine deutsche Sonderrolle. Es sei der Kammer gelungen, Hinweise für ein ethisch abgesichertes Handeln in diesen Grenzfällen zu geben.

Die Thüringer Europaministerin, die als Pastorin bis 1990 an den friedenspolitischen Diskussionen in der damaligen DDR aktiv teilgenommen hat, wies auf zwei gerade für die ostdeutschen Landeskirchen neue Punkte in der Denkschrift hin, die heftig umstritten bleiben dürften. Die sicherheitspolitische Komponente der Abschreckung wird Lieberknecht zufolge heute positiver beurteilt als zur Zeit der Blockkonfrontation. Auch der Wehrdienst werde heute ethisch deutlicher gerechtfertigt. „Darin spiegelt sich für mich allerdings auch der fundamentale Unterschied zwischen den Aufträgen der NVA und der Bundeswehr,“ ergänzte die CDU-Politikerin.

Lieberknecht unterstrich die Bedeutung, die für den EAK die Einbettung der militärischen Komponente in ein umfassendes und noch erweiterungsfähiges friedenspolitisches Instrumentarium als Voraussetzung der ganzen Diskussion hat: „Unter diesen Bedingungen sollte es möglich sein, die oft unversöhnlichen Gegensätze zwischen den Anhängern unbedingter Gewaltfreiheit und denen, die sich für den Wehrdienst entscheiden, zu überbrücken. Nur beide zusammen leisten Dienst am Frieden.“ Sie forderte die ostdeutschen Kirchen dazu auf, unter diesen Umständen nun auch die Frage der Militärseelsorge mit weniger Berührungängsten anzugehen.

„Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik“ lautet der Titel dieses Beitrages des Rates der EKD, der zusammen mit der Kundgebung der Synode zur Friedensverantwortung als EKD-Text 48 veröffentlicht wurde. Zu bestellen bei:

EKD Hannover, Pressestelle,
Tel.: 05 11/27 96-0. ■

**3.000 Menschen zum
Kirchentagskongreß in
Leipzig erwartet**

Leipzig. Einen gemeinsamen Kirchentagskongreß haben die Kirchentagsausschüsse der evangelischen Landeskirchen Sachsen und Hannover vom **2. bis 5. Juni** in Leipzig geplant. Zu dem Treffen werden etwa 3.000 Menschen aus Ost- und Westdeutschland erwartet. Thema des Kongresses unter dem Leitwort „**Hoffnung leben**“ sollen vor allem die Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung sein, wie aus einem jetzt veröffentlichten Programm hervorgeht. In Arbeitsgruppen, Bibelarbeiten sowie mit Hilfe von Experten-Vorträgen sollten Christen die Probleme im deutsch-deutschen Dialog benennen und Wege zu ihrer Überwindung suchen.
(aus: epd) ■

**Die CDU wird Anbieter im
DATEX-J**

Für die kommende Wahlkämpfe werden die Aktualität und differenzierte Argumentation immer wichtiger. Die bisherigen Informationswege über Print-Medien haben eine zu lange Vorlaufzeit. Es müssen kürzere Wege beschritten werden, um die Wahlkämpfer vor Ort

und auch die Wähler sofort zu erreichen. Einen solchen Weg bietet die elektronische Kommunikation. Die CDU hat daher ab November 1993 aktuelle Informationen über DATEX-J für jeden abrufbar bereitgestellt. Nach dem Einwählen in das DATEX-J Netz erhält man mit dem Aufruf *CDU # die „CDU-Leitseite“.

Im Angebot der CDU ist zunächst vorgesehen, daß CDU-Pressemitteilungen direkt nach der Erstellung und Auszüge aus dem UiD dort eingestellt werden. Diese Texte können dann sofort vom DATEX-J Anwender abgerufen werden. Alle Benutzer haben damit die Möglichkeit, Pressemitteilungen der CDU direkt und zeitgleich mit den Redaktionen der Medien zu erhalten und entsprechend schnell zu reagieren. Es besteht außerdem für den Anwender die Möglichkeit, der CDU über „Antwortseiten“ selbst Informationen direkt zu übermitteln, Anfragen zu stellen und Kritik zu üben.

DATEX-J (J für Jedermann) ist daher ein sehr interessantes Medium. Informationen können nicht nur abgerufen, sondern auch direkt auf dem PC-Programm selbst zu einem Flugblatt oder einer eigenen Pressemitteilung weiterverarbeitet werden.

Achtung:

Auch der EAK kann sich mit eigenen Beiträgen (Pressemitteilungen, Kurz-Berichte, Beschlüsse) beteiligen. Wir bieten Ihnen daher an, daß Sie uns Ihre **aktuellen** Informationen zukommenlassen, damit wir Sie zur Erfassung hier im Hause weitergeben können.

**Weitere Informationen über:
CDU Bundesgeschäftsstelle,
Klaus-Peter Schulze**
(Tel.: 02 28/5 44-3 28) ■

Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft

Jochen Borchert

Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft - so ist Kapitel III des neuen Grundsatzprogramms der CDU überschrieben. Und ich halte das für richtig!

Die Einheit unseres Vaterlandes und der politische Umbruch in Europa haben die Frage nach den Chancen und Grenzen wirtschaftlichen Handelns erneut zur Diskussion gestellt. Der real existierende Sozialismus ist gescheitert. Die marktwirtschaftliche Ordnung dagegen hat ihre ökonomische Leistungsfähigkeit erwiesen. In nahezu allen Ländern des ehemaligen Ostblocks sind marktwirtschaftliche Reformen in Gang gesetzt.

Ist aber eine auf Wettbewerb hin ausgelegte Wirtschaftsordnung mit den Idealen einer harmonischen, umwelt- und damit menschenfreundlichen Gemeinschaft vereinbar? Haben Gerechtigkeit und Nächstenliebe überhaupt im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung Platz?

Wir Christdemokraten stellen uns diesen Fragen mit unserem neu entwickelten Konzept einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Betrachten wir die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, so erkennen wir, daß religiös-ethische Motive eine größere Bedeutung bei der Entstehung der modernen rationalen Wirtschaftsweise gehabt haben, als vielen das heute noch bewußt ist.

Ich denke dabei auf der einen Seite an das von Max Weber beschriebene protestantisch-calvinistische Berufsethos als Quelle säkularen Erfolgstrebens, auf der anderen Seite an die katholische und lutherische Tradition des Gemeinwohlprinzips als dem Ausgangspunkt der Sozialpolitik.

Die Form von Marktwirtschaft, für die wir Christliche Demokraten eintreten, verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in

unserer Gesellschaft und dient der Bewahrung der Schöpfung. Tragendes Element dieser Ordnung ist das Prinzip der individuellen Freiheit.

Im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage hat der wirtschaftlich Handelnde die Entscheidungsfreiheit. Die Souveränität dieser Entscheidung wird als primäres Ordnungselement geachtet. Zur Freiheit des Handelns nach dem wohlverstandenen Eigeninteresse gehört auf der anderen Seite, daß dem Menschen die Eigenverantwortung für seine Entscheidungen überlassen bleibt. Freiheit und Verantwortung - stets ein untrennbares Begriffspaar und damit die treffendste Überschrift unseres Grundsatzprogrammes.

Verantwortung in sozialer und ökologischer Hinsicht zu übernehmen, heißt zu erkennen, daß Solidarität mit den Schwachen und die Erhaltung von Natur und Umwelt nicht zwingend aus dem Markt an sich folgen, sondern der politischen Gestaltung durch einen entsprechenden ordnungsrahmen bedürfen. Dabei muß der Grundsatz gelten: Soviel Markt wie möglich, um Eigeninitiative und Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken, und soviel Staat wie nötig, um Wettbewerb und die soziale und ökologische Ordnung der Gesellschaft zu gewährleisten.

In der Verantwortung für die kommenden Generationen müssen soziale Marktwirtschaft und rechtsstaatliche Demokratie im Hinblick auf neu erkannte Herausforderungen weiter entwickelt werden. Unsere Verantwortung für die Schöpfung muß auch wirtschaftliches Handeln leiten. Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen.

In Zukunft wird jeder die Kosten von unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt tragen

müssen, die aus seinem Verhalten als Konsument oder Produzent entstehen. Gesetzliche Sanktionen und marktwirtschaftliche Anreize zu umweltschonendem Handeln greifen aber nur, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen.

Ziel muß es sein, eine Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie zu erreichen. Dann, und das ist Konsequenz, dient die soziale und ökologische Marktwirtschaft dem Interesse aller, auch dem der nach uns lebenden Generationen.

„Was wir brauchen, ist nicht ein Plakat, auf dem „Solidarität“ steht, sondern vernünftige Gespräche miteinander. Im Gottesdienst hieß es heute 'Geduld miteinander haben', und das ist das allerwichtigste, was wir jetzt in Deutschland brauchen“.

(Dr. Helmut Kohl in seinem Bericht vor dem Bundesparteitag)



„Unsere Antwort auf die globalen ökologischen Probleme, die Abholzung der Regenwälder und die Aufheizung unseres Klimas lautet:

Unser Wirtschaften muß den Erfordernissen der Natur in neuer Weise Rechnung tragen. Wir werden eine globale Umweltstrategie entwickeln, bei der die Armen der Welt eine Chance zur Entwicklung aus eigener Kraft bekommen. Gottes Schöpfung zu bewahren, ist und bleibt unsere Aufgabe. Auch dafür stehen wir mit dem „C“ in unserem Parteinamen“.

(Peter Hintze in seinem Bericht vor dem Bundesparteitag)

Bücher

Arbeitskreis Bekennender Christen :
Bekenntnis, Erneuerung und Einheit der Kirche
Nürnberger Bekenntnismanifest - Texte - Vorträge
Freimund-Verlag
Neuendettelsau 1993
ISBN 3-7726-0167-7,
200 Seiten

Das Buch zum Thema „Was gilt in der Kirche?": Bekenntnis, Erneuerung und Einheit der Kirche. Eine evangelische Orientierungshilfe!

Dokumentation der Bekenntnis-Versammlung 1993. Das Nürnberger Bekenntnismanifest bezieht Stellung zu Fragen der Kirche. Wer die Kirche liebt, in ihr mitarbeitet und Verantwortung trägt, kann an ihm nicht vorbei.

Mit einem Grußwort von Landesbischof D.Dr. Johannes Hanselmann

Eduard Lohse :
Erneuern und Bewahren:
Evangelische Kirche
1970-1990
Verlag Vandenhoeck und Ruprecht
Göttingen 1993
ISBN 3-525-55423-0

In welcher Weise wurde die evangelische Kirche in den beiden Jahrzehnten von 1970 bis 1990 vom Wandel der Zeit betroffen? Wie hat sie während der Teilung Deutschlands die Einheit der Christen in Ost und West bewahren können? Und auf welche Weise hat sie sich darum bemüht, dem christlichen Glauben entfremdeten Menschen mit ihrem Angebot von Seelsorge und diakonischer Hilfe die Botschaft des Evangeliums nahezubringen?

gen? Wie steht es um ihr Verhältnis zur katholischen Kirche? Wo ist kirchliche Erneuerung im Ansatz gelungen, und wo hat die Kirche versagt? In einem kritischen Rückblick auf nahezu zwei Jahrzehnt verantwortlichen Wirkens in der Leitung der evangelischen Kirche sucht der ehemalige hannoversche Landesbischof und Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland Rechenschaft abzulegen von Gelingen, aber auch Mißraten kirchlichen Handelns, um aus Erfahrungen zu lernen für den zukünftigen Weg der Kirche. ■

Erstes Bielefelder Gespräch des EAK und der Reservisten der Deutschen Bundeswehr

Bielefeld. Aufschlußreiche Fragen von der Militärseelsorge bis zu den neuen Herausforderungen für die Bundeswehr, vor allem für den Soldaten selbst, standen im Blickpunkt des ersten Bielefelder Gesprächs, das der EAK Bielefeld gemeinsam mit der örtlichen Reservistenkameradschaft jetzt durchführte.

„Sicherheitspolitik im Wandel stehe für die neuen Erwartungen, die sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes an die Bundesrepublik Deutschland richten“, führte Bielefelds EAK-Vorsitzende **Angelika Schulze** ins Thema ein. Auch wenn sich in den Nachkriegsjahren eine gewisse „Kultur der Zurückhaltung“ entwickelt habe, basiere das Recht auf militärischer Selbstverteidigung auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens. „Christ und Wehrdienst, Christ und Soldatsein - diese

Problemstellung gewinnt für die Bundeswehr im Umbruch eine besondere Prägnanz.“

Bei Auslandseinsätzen, insbesondere vor die Frage gestellt, ob aktives Eingreifen die bessere oder die schlechtere Wahl sei, kommt es auf die Charakterstärke eines jeden einzelnen an. Darin war sich die Bielefelder Diskussionsrunde sehr schnell einig.

Werner Bela, erfahrener Berufssoldat und FDP-Sicherheitspolitiker, wies dabei deutlich auf ein Versagen „der Politik“ aus Sicht der Soldaten hin. Klarheit über den Auftrag sei für die Militärs von größter Wichtigkeit.



Auf dem Foto von links nach rechts): RK-Kreisvorsitzender **Bernhard Ottensmann**, Bielefeld, **Günter Borowski**, Rheine (SPD), **OKR Friedemann Schwarzmeier**, Bonn, **EAK-Kreisvorsitzende Angelika Schulze**, Bielefeld, **Werner Bela**, Rheine (FDP), **Moderator Reinhard Brockmann**, Bielefeld (Westfalen-Blatt).

Soldaten, die von sich täglich widersprechenden Meinungsäußerungen auf höchster Ebene verunsichert würden, könnten ihren Auftrag nur schwerlich erfüllen. Letztlich müßten sie jenes charakterlich/moralische Durchhaltevermögen zeigen, zu dem manche Politiker anscheinend nicht in der Lage seien. Die Militärseelsorge am Standort Rheine habe bei einem der ersten „kritischen“ Auslandseinsätze deutscher Soldaten während des zweiten Golfkrieges praktisches Zufassen demonstriert, als alle ande-

ren Instanzen von Bundeswehr und Staat noch nicht erkannten, wie wichtig Ansprechpartner für die Angehörigen der Soldaten sind. Das berichtete **Günter Borowski**, seit 20 Jahren im Pfarrgemeinderat der Militärseelsorge und SPD-Fraktionschef im Kreistag von Steinfurt.

Bei der EKD-Synode im November in Osnabrück war beschlossen worden, den Wunsch nach mehr „Staatsferne“ der Militärseelsorge noch einmal in allen EKD-Gliedkirchen in den kommenden zwei Jahren erneut zu beraten. Schon ein Votum für Veränderung würde Neuverhandlungen mit dem Staat

sowie die Einbeziehung (und Zustimmung) der katholischen Kirche erfordern.

Auch die Reservistenkameradschaft Bielefeld hatte Unterschriften in großer Zahl zur Beibehaltung der gegenwärtigen Organisationsform gesammelt. RK-Vorsitzender **Bernhard Ottensmann**: „Als Reservist und Vater künftiger Wehrpflichtiger wollen wir uns stark machen für die weitere Arbeit von Männern und Frauen der Kirche in den Streitkräften. Es muß dabei bleiben: Der Soldat hat Anspruch auf Seelsorge.“

Der Militärseelsorge-Vertrag von 1957 habe sich bewährt, bestätigte Oberkirchenrat **Friedemann Schwarzmeier** aus Bonn. Der Leiter des Sonderhaushaltes evangelische Militärseelsorge erwies sich als profunder Kenner der Rechtsstellung eines Militärpfarrers etwa im Kriseneinsatz. Sein Fazit: Die geforderte „Staatsferne“ ginge nicht nur in Konfliktlagen zulasten der Sicherheit des Pfarrers und der seelsorgerlichen Betreuung der Soldaten.

Auf die Schlüsselfrage von Moderator **Reinhard Brockmann** (WESTFALEN-BLATT Bielefeld): „Können Sie sich an irgend einen Fall in ihrer täglichen Praxis erinnern, bei dem der Staat in die Militärseelsorge konkret eingegriffen hat?“ mußten alle Gesprächsteilnehmer passen.

Fazit: Die von einigen EKD-Landeskirchen beklagte Staatsnähe der Militärseelsorge ist für die Praktiker kein Problem, sondern eher von Vorteil.

Reinhard Brockmann ■

Langjähriges EAK-Landesvorstandsmitglied gestorben

Hildesheim. Am 19. 1. 1994 verstarb in Hildesheim **Hans-Adolf de Terra** im Alter von fast 73 Jahren. Seit über 30 Jahren war er im EAK der

CDU-Niedersachsen tätig, lange Zeit im Vorstand. Der Verwaltungsjurist de Terra gehörte dem Bundestag von 1972 bis 1980 und wirkte bis kurz vor seinem Tode in verschiedenen Ämtern für öffentliche und kulturelle Belange in Niedersachsen. ■

Diskussion zum Thema Soziales Jahr

Neuss. „Wehrpflicht/Soziales Jahr - für alle?“ So hieß das Thema einer Podiumsdiskussion im Zeughaus, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreisverband Neuss eingeladen hatte und bei der es um die Frage ging, ob nicht auch junge Frauen für ein soziales Jahr herangezogen werden könnten. Eine Frage, die angesichts des sich abzeichnenden Dilemmas im sozialen Bereich, vor allem bei der Pflege von alten und kranken Menschen, von brennender Aktualität zu sein scheint.

Als Teilnehmer der Diskussion konnte Arbeitskreis-Vorsitzender **Jürgen Brandt** auf dem Podium **Regina van Dinther** MdL, **Ursel Meis**

Stellvertretende Landrätin des Kreises Neuss, **Dirk von Hahn**, Bezirksbeauftragter Düsseldorf der Johanniter-Unfallhilfe, **Thomas Nickel**, Stadtbeauftragter Neuss des Malteser-Hilfsdienstes, **Peter Söhngen**, Sozialdezernent der Stadt Neuss, und **Willy Wimmer** MdB, willkommen heißen. Bei den Zuhörern war die jugendliche Generation am stärksten vertreten. ■

„Evangelische Bürger in christlicher Verantwortung für Sachsen-Anhalt“

Elbingerode. Der EAK der CDU Sachsen-Anhalt beschäftigte sich auf einer Wochenendtagung unter Leitung seines Vorsitzenden **Jürgen Scharf** (MdL) mit Grundsatzproblemen, aber auch aktuellen Tagesfragen zum politischen Handeln aus politischer Verantwortung.

Der Einladung gefolgt waren rund 40 Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt, aber auch aus den alten Bundesländern.

Dr. W. Börner (EAK-Bezirksvorstand Mittelrhein) machte in seinem nuancenreich und von persönlichen Erinnerungen geprägten Vortrag zur „Geschichte der Evangelischen Verantwortung für Deutschland“ deutlich, wie wechselvoll die Beziehung der evangelischen Christen zu eigenständig gestaltetem politischen Handeln bis heute geblieben ist.

Auch **H. Perschau** aus Sachsen-Anhalt sah beharrliches, mutiges Handeln aus

Selbstbewußtsein angesagt, weniger den zur politischen Tat ungeeigneten, zur Zeit aber eher mehrheitsfähigen Scheinidealismus. ■

„Humanes Sterben“ - was heißt das?

Müllheim. Von „humanem Sterben“ ist heute immer wieder die Rede. Was soll man darunter verstehen? Gibt es überhaupt „humanes Sterben“?

Zur Diskussion über dieses brisante Thema lud **Ingeborg Babucke**, Kreisvorsitzende des Ev. Arbeitskreises der CDU Breisgau-Hochschwarzwald, nach Müllheim.

Prof. Dr. Dieter Waldmann, Chefarzt des Kreiskrankenhauses in Müllheim, zeigte, daß von „humanem Sterben“ erst gesprochen werden konnte, als die moderne Intensivmedizin den Prozeß des Sterbens näher erforschte und eine Verlängerung des Lebens unter bestimmten Voraussetzungen möglich wurde. Nun erhoben sich aber neue medizinische und moralische Fragen: Wann ist es sinnvoll das Leben eines Menschen medizinisch zu verlängern? Während der Schmerz heute weitgehend beherrschbar gilt, ist die „Lebensqualität“ als Kriterium für das Hinausschieben des Sterbens wichtig geworden: Unter welchen Bedingungen kann ein Mensch noch würdig weiterleben? Sterbegleitung sei für Patient und Arzt wichtig, aktive



MUT FÜR MORGEN

GEMEINDETAG UNTER DEM WORT SIEGEN 1994

2. Juni, Leinbachstadion
10-16 Uhr

Prospekte erhältlich beim Tagungsbüro
Gemeindetag, Bismarckstr. 12, 35683 Dillenburg,
Telefon: 02771/34086, Telefax: 02771/35943

Sterbehilfe dagegen sei eine „Bankrotterklärung“ der Medizin, sagte Waldmann.

Darin traf sich der Mediziner mit dem Juristen. Rechtsanwalt **Joachim Eyrich** aus Müllheim zeigte die heutige Rechtslage auf: Eine gezielte aktive Lebensverkürzung, wie sie in den Niederlanden neuerdings erlaubt wird, ist bei uns verboten. Problematisch ist die Grenze zwischen der Hilfe im und der Hilfe zum Sterben: Hier bleibt die Verantwortung beim Arzt. Die Endgültigkeit des Todes verleiht dem Sterben seinen besonderen Charakter. Eindrucksvoll schilderte **Frau Schwarz**, Leiterin des Elisabethenheims in Müllheim, wie auch die Pflegerinnen den Tod eines Patienten immer wieder anders erleben und wie sie sich im Heim bemühen dem Tod seine Würde zu lassen. „Dies aber

92. Deutscher Katholikentag
 29.6.- 3.7.1994, Dresden
„Unterwegs zur Einheit“
 Anmeldung bis 15. März 1994:
 92. Deutscher Katholikentag, Geschäftsstelle, Postfach
 01194 Dresden



Kirchliche Schule als große Chance
Espelkamp. Religionsunterricht und die Trägerschaft von Schulen sind für die Kirche eine einmalige Chan-

Die Veranstaltung, zu der Kreisvorsitzender **Hermann Bück** rund 40 Besucher begrüßen konnte, machte es deutlich: Christliche Verantwortung in der Erziehung ist nicht nur Angelegenheit kirchlicher Schulen. Vielmehr ist den Institutionen in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft eine Aufgabe gemein: Sie müssen das Ziel haben, den Jugendlichen in einer Zeit, in der man sich „durch das Leben zapft wie durch das Fernsehprogramm“ (Tilly), Werte und Orientierung zu vermitteln.

Auch an weltlichen Schulen könne viel Christlichkeit herrschen, doch sei es an ihnen eher ein Glücksfall, wenn sich junge Christen so offen zu erkennen geben.

24. Bonner Theologisches Gespräch
„Neue Wege in der Friedensethik“
 mit
Prof. Dr. Günter Brakelmann
 Ruhruniversität,
 Bochum
 Montag, 11.4.1994,
 20.00 Uhr
 Konrad-Adenauer-Haus,
 Bonn

EAK der CDU-Mittelrhein:
 Montag, 21. März 1994, 19.30 Uhr
 Diskussionsabend mit:
 CDU-Generalsekretär Peter Hintze
 Forum Leverkusen, Am Büchelter Hof, Leverkusen
 Informationen:
 Friedemann Schwarzmeier,
 Erzstraße 27, 53604 Bad Honnef

ist nur möglich wenn wir darüber sprechen. Das Sterben muß enttabuisiert werden,“ forderte Dekan **Doleschal** aus Müllheim; „nur im Glaubensgespräch erhält der Tod für den Sterbenden und den Lebenden das Gewicht eines dankbar hingenommenen Erlebnisses.“

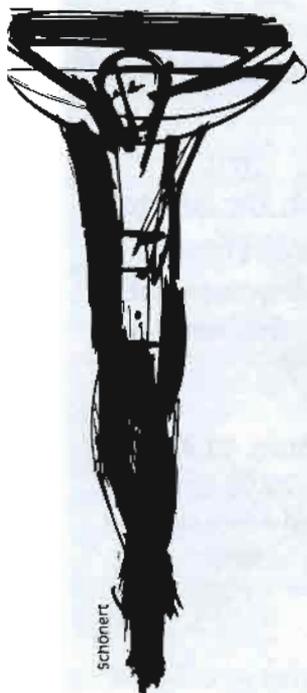
Eine lebhaft Diskussions und der Wunsch, dieses Thema mit gleicher Podiumsbesetzung weiter zu diskutieren, schloß die außerordentlich gut besuchte Veranstaltung ab. ■

ce, Jugendliche zu erreichen. Viel Zustimmung erntete **Ernst Tilly**, Schulleiter eines städtischen Gymnasiums in Bünde. Der Religionslehrer war Teilnehmer einer Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises der CDU. Zum Thema des Abends „Wie kann heute in christlicher Verantwortung eine kirchliche Schule ihre Erziehungsziele setzen“ sprachen auch **Beate Himmelbach**, Leiterin des Söderblom-Gymnasiums sowie ein Schülersprecher und ein Elternvertreter der Espelkamp-Schule.

**Der Konvent Lutherische Erneuerung lädt ein:
 Bibelfreizeit für Pfarrer und Pfarrfamilien**
**„Gesetz und Freiheit-
 Luthers Auslegung des Galaterbriefes“**
 28. Mai bis 4. Juni 1994
 Ferienpark Granzow am See (Mecklenburg)
 mit:
 Bischof i.R. Prof. Dr. Joachim Heubach, Eutin
 Informationen:
 Pfr. A. Herzog, Evgl. luth. Pfarramt,
 95643 Tirschenreuth, Tel.: 09631/1396

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Redaktion: Birgit Heide, Karin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 544-3 05/6 Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM Konto: EAK, Postgiraamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. Papier: 100% chlorfrei Graphische Beratung: Ilka Holle, Telefon 0228/85 67 61

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt



Schönert

Der älteste kirchliche Feiertag ist der Sonntag. Schon gegen Ende des 1. Jahrhunderts berichtet die Bibel, daß sich die christliche Gemeinde am ersten Tag der Woche - dem Sonntag - trifft und miteinander das Abendmahl feiert (Apostelgeschichte 20,7). In der Offenbarung des Johannes (1,10) wird der erste Wochentag als „Tag des Herrn“ bezeichnet, was in vielen Sprach-

en bis heute sein Name ist (französisch: dimanche; spanisch: domingo).

Der erste Wochentag ist nach den Berichten der Evangelien der Tag der Auferstehung Jesu (Markus 16, 1.9); Matthäus 28,1; Johannes 20,1.19); mit dem Sonntag feiert die Kirche die Auferstehung. Somit ist ursprünglich jeder Sonntag ein Osterfest. Das jährliche Osterfest kam erst im 2. Jahrhundert auf. Sein Termin wurde auf dem Konzil von Nicäa im Jahr 325 auf den Sonntag festgelegt, der dem ersten Vollmond nach Frühlingsanfang folgt.

Der Karfreitag wurde seit dem 2. Jahrhundert mit dem Karsamstag zusam-

Karfreitag Höchster Feiertag der Protestanten

men als Buß- und Fastentag begangen, wie überhaupt der Freitag neben dem Mittwoch von der Kirche in jener Zeit als Fastentag im Gedenken an das Leiden und die Kreuzigung Jesu gelebt wurde. Der Karfreitag war kein eigenständiger Feiertag, sondern stand in enger Beziehung zu Ostern und diente der Vorbereitung auf dieses Hauptfest der Christenheit.

Daß der Karfreitag in der öffentlichen Meinung häufig als das höchste Fest des Protestantismus angesehen wird, hat seine Ursache in der grundlegenden Bedeutung des Kreuztodes Jesu in der Theologie der Reformation. Demnach gilt es, Gott zu erkennen und zu ehren, wie er in den Leiden und in der Schwachheit verborgen ist, und nicht in der direkten Anschauung seiner Macht und Vollkommenheit. Nicht in der Schönheit der Natur, nicht im Glücksgefühl, nicht im Weltfrieden, nicht im Erfolg und nicht im moralischen Handeln des Menschen wird Gott erkannt. Denn dem allen stehen der Tod Jesu Christi am Kreuz und das Leiden der Kreatur entgegen.

Gott will dort erkannt sein, wo er sich verborgen hat: im Tod Jesu, im Leiden derer, die seinen Willen tun. Der Karfreitag ist darum im Protestantismus nicht zuerst ein Buß-

und Fastentag, sondern ein Tag, der vor allem daran erinnert, wie tief sich Gott herabgelassen hat und wie weit er in Jesus gegangen ist, um bei uns zu sein. Ostern bestätigt das mit der Auferstehung des Gekreuzigten.

Christof Warnke

aus: Gemeindebrief

Menschen gehen zu Gott in ihrer Not, flehen um Hilfe, bitten um Glück und Brot, um Errettung aus Krankheit, Schuld und Tod. So tun sie alle, Christen und Heiden.

Menschen gehen zu Gott in Seiner Not, finden ihn arm, geschmäht, ohne Obdach und Brot, sehen ihn verschlungen von Sünde, Schwachheit und Tod. Christen stehen bei Gott in Seinem Leiden.

Gott geht zu allen Menschen in ihrer Not, sättigt den Leib und die Seele mit Seinem Brot, stirbt für Christen und Heiden den Kreuzestod und vergibt ihnen beiden.

Dietrich Bonhoeffer

Unsere Autoren:

Botschafter
Dr. Samuel G.A. Golden
Auf der Hostert 3
53173 Bonn

Dr. Renier Koegelenberg
Longifoia 24
Stellenbosch 7600
Republik Südafrika

Dr. Klaus Lefringhausen
Elberfelder Str. 32
40822 Mettmann

Parlamentarischer Staatssekretär
Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
Gaurheidorfer Str. 198
53117 Bonn